

## Polen wendet sich gegen europäisches Recht. Zum Umbau der Staatsstrukturen in Polen

Von Sergey Lagodinsky, Brüssel/Berlin\*

---

Wir erleben einen Umbau der Staatsstrukturen in Polen. Es wäre eine Vereinfachung, würden wir diesen Umbau primär als antieuropäisch oder bloß ideologisch: „erkonservativ“, charakterisieren. Zwar könnte die oberflächliche Betrachtung der vorwurfsvollen Rede des polnischen Premierministers vor dem Europäischen Parlament oder der Angriffe der Regierenden auf Frauenrechte und LGBTI-Communities eine solche simplistische Einordnung erlauben. Doch die Angriffe sind breiter, tiefer und gefährlicher als diese Symptome. Es geht um Versuche einer systemischen Machtkonzentration durch Regierungsparteien. Nicht lediglich die Hinterfragung des Vorrangs des EU-Rechts, sondern des Vorrangs der Demokratie.

Das Urteil des sogenannten polnischen Verfassungstribunals ist in diesem breiten Kontext zu lesen. Genauso die Rolle des Europäischen Rechts und des EuGH. Letztere sind die letzte Bastion der Rechtsstaatlichkeit und somit die letzte Hürde zur Entfesselung der Macht. Jahre lang war das Europarecht für die polnische Regierungspartei PiS kein Problem. Ganz im Gegenteil, Polen hat sich in voller Kenntnis des seit 1964 vom EuGH festgestellten Prinzips des Vorrangs des EU-Rechts zum Unionsbeitritt entschlossen, was das Urteil der Verfassungsrichter in Polen im Jahre 2005 noch einmal unterstreicht. Der heutige Strippenzieher der Regierung Jarosław Kaczyński setzte 2007 eigenhändig seine Unterschrift unter den Vertrag von Lissabon, ohne diesem Vorrang auch nur ein Mal zu widersprechen, und zwar einschließlich der angehängten Zusatzklärung Nr. 17, die diesen Vorrang des Unionsrechts vor nationalem Recht ausdrücklich regelt.

Doch seit ihrer Rückkehr an die Macht im Jahre 2015 hat die PiS-Partei von Jarosław Kaczyński ein neues Projekt im Sinne. Das Projekt folgt der bizarren Theorie der Rechtlichen Unmöglichkeit („Impossibilism“), die Kaczyński seit 2010 propagiert. Hiernach behindere die Unabhängigkeit der Justiz die Richter am effektiven Urteilen und die Gewaltenteilung die politischen Mehrheiten am effektiven Regieren. Zum Wohle der Bürger solle die Exekutive das Problem lösen, auch durch eine stärkere Rolle im Justizwesen. Diesen Weg geht die polnische Regierung bis heute. Sofort nach Regierungsübernahme begann sie mit dem Umbau des Justizsystems. Die erste Ziel-

---

\* Für die Unterstützung bei der Ausarbeitung des Textes danke ich dem Rechtsreferendar Maik Knaust.